

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

166 (19.7.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,50 DM, zusätzlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2,50, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 19. Juli 1952

Nr. 166

## Verfassungsgericht entscheidet nächste Woche

Ueber die Zulässigkeit der Wehrklage - Verwirrene Rechtsituation

Karlsruhe (ZSH). Der zweite Verhandlungstermin über den Feststellungsantrag gegen den Wehrbeitrag vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts endete nach siebenstündigen hartnäckigen Diskussionen zwischen Bundesregierung und Antragstellern mit der Erklärung des Senatsvorsitzenden Professor Dr. Hoepfer-Asohoff, daß über die Zulässigkeit des Antrags voraussichtlich Ende nächster Woche entschieden werde.

Die Verhandlung bewegte sich wieder in den höheren Sphären der Rechtsphilosophie und erhielt ihr besonderes Gepräge durch ein

großes Aufgebot von Rechtsprofessoren und Experten auf beiden Seiten. Am Tisch der Bundesregierung waren zusammen mit Staatssekretär Dr. Walter Strauß sieben Herren aus Bonn erschienen. Außerdem wurde die Bundesregierung von zwei Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz unterstützt. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt hatte mehrere Rechtsprofessoren mitgebracht, darunter die Völkerrechtler Prof. Dr. Walter Schätzel (Bonn) und Dr. Ernst Forsthoff (Heidelberg). Weiter waren verschiedene Vertreter der Länder Hessen und Niedersachsen als Bekundanten der Antragsteller erschienen. Der Antrag der 144 Bundestagsabgeordneten war inzwischen bekanntlich erweitert worden und richtet sich jetzt praktisch gegen die gesamten Bonner und Pariser Vertragswerke vom 26. und 27. Mai.

Die verwirrene Rechtsituation wurde im Verlauf der Verhandlung von Prof. Ophuels (Bundesregierung) charakterisiert. Den ausländischen Partnern der deutsch-alliierten Verträge sei bekannt, daß die Ratifizierung in der Bundesrepublik durch das verfassungsrechtliche Verfahren eine Verzögerung erleiden könnte. Das Gericht ließ sich diese Erklärung später durch Staatssekretär Dr. Walter Strauß noch einmal bestätigen. Strauß selbst erklärte der Presse in einer Verhandlungspause, die Regierung sei an und für sich

sen ausländischen Partnern gegenüber verpflichtet, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen für die Ratifizierung zu beschleunigen. Der Bundespräsident habe jedoch die Möglichkeit, die Ratifizierung so lange auszusetzen, bis Karlsruhe über die Vereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz entschieden habe.

Die stundenlangen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsvertretern und den Vertretern der 144 Antragsteller aus dem Bundestag drehten sich auch diesmal weitgehend um die Frage, ob die sogenannte „Normenkontrolle“ der geplanten Gesetze jetzt oder erst nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt zulässig sei.

Bundestagsabgeordneter Arndt und seine Experten vertraten die Auffassung, daß sofort festgestellt werden müsse, ob die vorliegenden und in Bonn feierlich unterzeichneten Vertragstexte mit dem Grundgesetz zu vereinbaren seien. Staatssekretär Strauß betonte abermals das Rechtschutzinteresse der Bundestagsmehrheit sei auch nach der parlamentarischen Verabschiedung der Gesetze noch hinreichend gewahrt. Die Regierungsvertreter verrieten jedoch wiederholt auf die Möglichkeit, das Bundesverfassungsgericht jetzt schon um entsprechende Rechtsgutachten zu ersuchen.

## Kanzler bat Lukaschek um Rücktritt

Noch keine Stellungnahme des Ministers - Linus Kather wartet

Bonn (UP). Der Bundeskanzler hat dem Bundesminister für Vertriebene, Dr. Hans Lukaschek, durch einen Beauftragten seine Bitte um Rücktritt mitgeteilt. Lukaschek hat sich dem Rücktritt nicht angeschlossen, wie von unterrichteten Kreisen der Koalitionsparteien mitgeteilt wurde.

Der Minister habe sich zu diesem Ersuchen noch nicht geäußert, heißt es aus den gleichen Kreisen weiter. Aus dem Ministerium Dr. Lukascheks wurde auf Anfrage erklärt, eine Entscheidung über eine Umbesetzung im Amt des Bundesvertriebenenministers sei nicht gefallen.

Ein Regierungssprecher erklärte dazu vor der Presse, der mit Berichten über eine mögliche Demission Lukascheks zusammenhängende Fragenkomplex sei im Bundeskabinett nicht erörtert worden. Über Vorgänge außerhalb des Kabinetts könne er nichts mitteilen.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher (BvD), Dr. Linus Kather (CDU) — der als möglicher Nachfolger Lukascheks genannt wird — hat bereits am Donnerstag erklärt, innerhalb seiner Fraktion werde die Möglichkeit eines Wechsels im Ministeramt gegenwärtig diskutiert.



Dr. Hans Lukaschek

gleich ihrer Kriegsschäden in den nächsten 30 Jahren insgesamt rund 2,2 Milliarden DM jährlich erhalten sollen, kann jetzt verkündet werden und in Kraft treten.

Die Mehrheit der Ländervertreter billigte die Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftsteuereinnahmen der Länder im Rechnungsjahr 1953 auf 37%. Im vorangehenden Rechnungsjahr hatte der Bund 27% erhalten. Gegen die Erhöhung stimmten Hamburg, Heisen und Niedersachsen. Der Bundesfinanzminister hatte ursprünglich 46% gefordert. Der Bundestag hatte diese Forderung gebilligt. Der Bundesrat wollte jedoch weiterhin nur 27% bewilligen und rief den Vermittlungsausschuß an, in dem der Kompromiß erreicht wurde.

Ferner billigte der Bundesrat die Milchpreisverordnung der Bundesregierung, wonach in Zukunft ein Höchstpreis von 38 Pfennig je Liter bundeseinheitlich nur noch für Milch mit einem Fettgehalt bis zu drei Prozent festgesetzt wird. Für Trinkmilch mit einem höheren Fettgehalt können die Länder Preise festsetzen. Bisher kostete die Milch mit einem Fettgehalt bis 2,9 Prozent 38 Pfennig je Liter.

Der Bundesrat billigte ferner das Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zu den Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank).

### André Stil aus der Haft entlassen

Zweite Pariser Niederlage gegen die KP

Paris (UP). Der Haftbeschwerde des Chefredakteurs der französischen kommunistischen Zeitung „Humanité“, André Stil, wurde durch ein Pariser Appellationsgericht stattgegeben. Das Gericht ordnete Stils Entlassung an. Damit hat die französische Regierung in ihrer Aktion gegen die kommunistische Partei eine neue Niederlage erlitten, nachdem schon der Chef der französischen Kommunisten, Jacques Duclos, auf gerichtliche Anordnung am 1. Juli aus der Untersuchungshaft entlassen werden mußte.

Stil ist Mitglied des kommunistischen Parteivorstands. Er wurde am 23. Mai wegen Anstiftung öffentlicher Unruhen festgenommen, weil er in einer Reihe von Artikeln in der „Humanité“ zu Protestaktionen gegen den neuen Oberbefehlshaber der atlantischen Streitkräfte, General Ridgway, aufgerufen hatte. Nachdem Duclos und Stil frei sind, befinden sich nur noch einige Kommunisten „weiter Garnitur“ in Untersuchungshaft, die von der Regierung der Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staats beschuldigt werden. In erster Instanz war die Haftbeschwerde Stils verworfen worden.

### Scharfe Schüsse auf Frederik IX.

Eigenartige Freudenbezeugungen der Eskimos

Egedesminde/Grönland (UP). Die dänischen Behörden haben den Einwohnern der grönländischen Ortschaft Egedesminde auf dem 68. Breitengrad an der Westküste streng verboten, den König und die Königin von Dänemark bei ihrer Ankunft mit scharfen Schüssen zu begrüßen. Dieser Befehl wurde gegeben, nachdem festgestellt worden war, daß viele Grönländer die königliche Jacht mit scharfer Munition beschossen hatten, um ihrer Freude über den Besuch des Königs paares Ausdruck zu verleihen. In der Ortschaft Sukkertoppen hatten die Eskimos direkt auf die Jacht des Königs geschossen, so daß die Kugeln über die Köpfe des Königs paares hinwegpfliffen.

## Querschnitt der Woche

Von Gustav Koeder

Wer in dieser Woche in das Bundeshaus in Bonn kam, dem wird zweifellos die Hast aufgefallen sein, die das parlamentarische Leben der Bundeshauptstadt ergriffen hat. Die Abgeordneten des — wie kürzlich eine ausländische Zeitung schrieb — „Beifügten Parlamentes der Welt“ packen ihre Koffer für die sechswöchigen Bundestagsferien, aber zuvorigen sie — und das ist verständlich — reinen Tisch machen. So wurden nun für die letzten drei Arbeitstage über 60 Tagesordnungspunkte aneinandergereiht, die sozusagen im Eiltempo erledigt werden. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht gerade jene Gesetze auf den Tischen lägen, die schon lange Gegenstand scharfer innerpolitischer Kontroversen sind.

Dies gilt in erster Linie für das heftig umstrittene Betriebsverfassungsgesetz, das übrigens die Ansetzung eines weiteren Arbeitstages notwendig machte. Die Ausarbeitung dieses Gesetzes wurde schon vor über einem Jahr begonnen, nachdem der damalige Gewerkschaftsvorsitzende Böckler das Parlament in der Frage der Mitbestimmung in der Montanunion bedrängt und die Parole ausgegeben hatte: „Auf zu neuen Taten!“ Der Bundeskanzler wollte in diesem Jahr eine Wiederholung der Vorfälle, die sich in seinem letzten Urlaub abgespielt hatten, vorbeugen. Damals sah er sich genötigt, den Bundesvorstand des DGB eben wegen dieses Betriebsverfassungsgesetzes zu sich auf den Birnenstock in die Schweiz zu bitten. Den diesjährigen Bemühungen des Kanzlers, vor seinem Urlaubsantritt die Spannungen zwischen Regierungsparteien und Gewerkschaften zu beseitigen, ist allerdings der Erfolg versagt geblieben.

Offenbar wollten die Koalitionsparteien, vor allem FDP und DP, angesichts der Streiks und der immer wieder aufgenommenen und abgebrochenen Verhandlungen mit der schnellen Verabschiedung des Entwurfs die Mitbestimmung ad acta legen. Ob mit der Verabschiedung allerdings auch die Kämpfe um die Mitbestimmung beendet sein werden, muß füglich bezweifelt werden, vollends nachdem die 92 Paragraphen des Gesetzes, das monatlich im Ausschuß vorgelesen hatte, nun plötzlich im Schnelllauftempo durch das Parlament gejagt werden. Eine Beruhigung scheint jedoch dadurch gegeben, daß der DGB seine Aktionen von Ende Mai, die ihm offensichtlich mehr Leid als Freud gebracht hatten, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht wiederholen wird.

Auch das seit Jahren geplante Versammlungsordnungsgesetz hat die letzte parlamentarische Hürde genommen. Es soll den organisierten Schlägerkolonnen, die in gewissen Parteiversammlungen die Hauptrolle spielen, weitgehend das Handwerk legen. Bei den Versammlungen der Sozialistischen Reichspartei wird man dieses Gesetz allerdings nicht mehr anwenden müssen, nachdem das Bundesverfassungsgericht die propagandistische Tätigkeit dieser Partei bis zum endgültigen Rechtspruch, der erst im September zu erwarten ist, verbot. Das Bundesverfassungsgericht würde zu dem Propagandaverbot von der SRP gerader herausgefordert. Es mußte sich von SRP-Rednern größte Beschimpfungen und heftige Angriffe gefallen lassen, während die Verhandlung lief. Das höchste deutsche Gericht achtet jedoch peinlich darauf, daß niemand in ein schwebendes Verfahren einzugreifen versucht. So mußte sich selbst Bundesinnenminister Lehr eine sehr deutliche Rüge gefallen lassen, weil er die (von sämtlichen anwesenden Journalisten notierte, doch später von Lehr dementierte) Bemerkung gemacht hatte, die Bundesregierung habe bereits die erste Runde gegen die SRP gewonnen.

Kurz vor der großen parlamentarischen Pause ist noch etwas anderes eingetreten, was die politischen Beobachter schon lange vorausgesagt hatten: Der Bundeskanzler hat seinem Vertriebenenminister Lukaschek nahelegen

### Bundespräsident Heuss zum 20. Juli

Bonn (UP). Bundespräsident Heuss sprach in einem Brief an die Witwe eines der Männer des 20. Juli 1944 die Hoffnung aus, daß der Tod dieser Widerstandskämpfer das „andere Deutschland“ sichtbar bleiben lassen möge. Dieser Wunsch richte sich heute vor allem an die Nachdenklichkeit, den Anstand und die sittliche Selbstbestimmung von Deutschen. Nichts sei schrecklicher, als sehr komplexe Vorgänge jetzt den formaljuristischen Techniken und dann „dem forensischen Pathos“ von Staats- und Rechtsanwälten ausgesetzt zu sehen. Die Gutachten im Remer-Prozess hätten, so bemerkt der Bundespräsident, die innere Rechtfertigung der Empörung gegen den hitlerischen Staat der völlig bewußten und zynischen Rechtslosigkeit dargelegt, falls es dessen überhaupt bedürft hätte.

### Uneinigkeit unter Exil-Politikern

„Kongress freier Völker“ in Düsseldorf

Düsseldorf (UP). Der „Kongress freier Völker“, der zur Schaffung einer gemeinsamen und unüberwindlichen Front gegen jeden Totalitarismus beitragen soll, wurde in Düsseldorf eröffnet. Schon zu Beginn des Kongresses machten sich verschiedene Spannungen bemerkbar. Der zur Zeit in New York lebende ukrainische Privatgelehrte Professor Wasy Kosarenko-Kosarewitsch erklärte, daß die „Exil-Moskowiter“ nur die Befreiung vom Bolschewismus wollten, nicht aber die Freiheit für die Völker Rußlands. Es könne keine Gemeinsamkeit zwischen Exil-Ukrainern und Exil-Russen geben, solange nicht die Moskowiter Emigranten eine eigene Exil-Regierung bildeten und von den Untaten der weißen und roten Moskowiter abrückten. Professor Boldyreff von der Georgetown-University, Washington, trat dem ukrainischen Gelehrten entgegen und wies dessen Erklärung als seine „Privatmeinung“ zurück. Boldyreff betonte, bei dem „Kongress freier Völker“ wolle man sich für Einigkeit und Toleranz verwenden, nicht aber den Haß predigen.

Der Kongress, an dem 120 Deutsche und Vertreter von Ost-Exilorganisationen teilnahmen, wählte den Mainzer Professor Dr. A. Hilckmann zu seinem Präsidenten. Der Bundesvorsitzende des „Bundes der Verfolgten des Nazi-Regimes“, Peter Lütiche (Düsseldorf) gab dem Kongress das Geleitwort: „Wir sind dem Untergang geweiht, wenn wir nicht einen Block der freien Völker bilden, und damit zur befreienden Tat kommen, die dem Stalinismus aus den Angeln hebt.“

Der „Kongress freier Völker“ scheint unter einem wenig günstigen Stern zu stehen. Dem von Organisationsausschuß des Kongresses geladenen SPD-Mitgliedern ist vom SPD-Parteivorstand nahegelegt worden, den Einladungen nicht nachzukommen. In Kreisen der sudendeutschen Landsmannschaften wurden Stimmen laut, die sich gegen die Teilnahme „gewisser Exil-Tschechen“ an dem Kongress richten.



Wohnungsbauminister Neumayer

### Verdoppelung des Bundesgrenzschutzes

Im Bundeskabinett wurde die Möglichkeit einer Verdoppelung des Bundesgrenzschutzes zur verstärkten Sicherung der Zonenzone erörtert. Der Bundesfinanzminister hatte bisher die Verstärkung des Grenzschutzes von 10 000 auf 20 000 Mann mit der Begründung abgelehnt, daß die Verdoppelung 120 Millionen DM kosten würde und er das Geld nicht habe. Der Minister habe sich jetzt jedoch, wie ein Regierungssprecher im Anschluß an die Kabinettsitzung mitteilte in den Verhandlungen über diese Frage beteiligt, nachdem die im Bundesrat beschlossene Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftsteuern der Länder auf 37 Prozent die Verdoppelung des Grenzschutzes finanziell möglich machte.

Das Bundeskabinett billigte grundsätzlich eine Vorlage des Bundeswirtschaftsministers, wonach die Eisenpreise freigegeben werden sollen. Der Entwurf der Verordnung wurde noch am gleichen Tage dem Bundesrat zugeleitet, damit er in den Fachausschüssen behandelt und vom Plenum des Bundesrates noch vor den Sommerferien des Parlaments verabschiedet werden kann.

### Lastenausgleich kann in Kraft treten

Vom Bundesrat gebilligt — Auch Erhöhung des Bundes-Steueranteils genehmigt

Bonn (UP). Der Bundesrat billigte das Lastenausgleichsgesetz und das Gesetz über die Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftsteuereinnahmen der Länder von 27 auf 37 Prozent in den Fassungen des Vermittlungsausschusses.

Der Rat verabschiedete den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zum Lastenausgleichsgesetz gegen die Stimmen Hamburgs. Das Gesetz, nach dem die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten zum Aus-



McCloy's Nachfolger Walter J. Donnelly

lassen, sein Ministeramt zur Verfügung zu stellen. Der Kanzler mußte sich zu diesem Schritt entschließen, weil die allen weiche Haltung des Ministers die Kritik der Vertriebenen innerhalb der CDU, allen voran Dr. Linus Kather, der sich bereits berechnete Chancen für eine Übernahme des Ministerpostens ausrechnet, immer lauter werden ließ. Daß die von der CDU seinerzeit so heftig kritisierte Tatsache, daß Lukatschek im Rahmen des Schlesier-Treffens in Hannover an einer SPD-Kundgebung als Ehrengast teilgenommen hatte, den Anstoß zum Vorgehen des Kanzlers gab, möchten wir doch nicht annehmen.

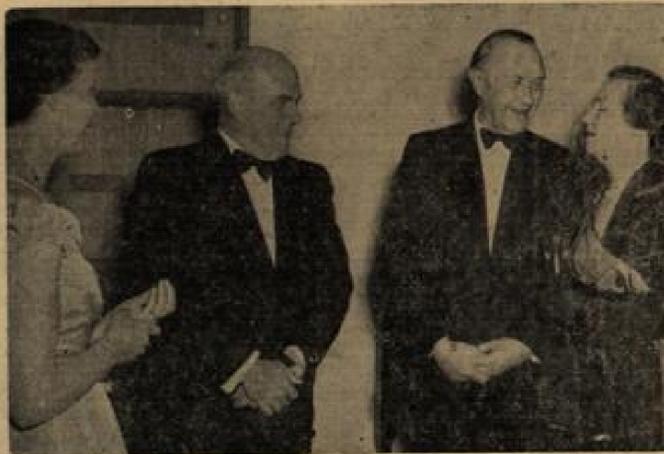
Die frühere Reichshauptstadt erlebte in dieser Woche den längst versprochenen Besuch Dr. Adenauers. Der Kanzler, der die Zusage einer wirtschaftlichen Hilfe für Westberlin mitbrachte, hat den Zeitpunkt seiner Berlin-Reise nicht schlecht gewählt. Denn wer will bezweifeln, daß sich der innere Widerstand gegen das Regime der DDR bei den Deutschen in der Ostzone verstreut hat, seit Genosse Ulbricht auf dem zweiten SED-Parteitag felerlich die Bolschewisierung der Ostzone verkündete? Die Auflösung der fünf Länderregierungen, die Einführung der Kolchoswirtschaft, die Kampfansage an die Kirche und der „planmäßige Aufbau des Sozialismus stalinistisch-leninistischer Prägung“ — dies alles ist nicht dazu angetan, Begeisterung unter dem Volk hervorzurufen. Auf jeden Fall aber zeigen diese Programmpunkte deutlich, wie sich Ulbricht, Ploch und Grotschew die deutsche Einheit vorstellen. Der ideologische Riß, der sich entlang der Zonenlinie quer durch Deutschland zieht, vertieft sich immer mehr und läßt die Aussichten auf die vom Volk so sehr ersehnte Wiedervereinigung zusehends schwinden.

Die tiefe Kluft zwischen Ost und West bedroht aber auch die bisher betont neutralen Staaten. So sieht sich jetzt Schweden vor die Notwendigkeit gestellt, sich mit der Sowjetunion entweder vor dem Grenzrat der Vereinten Nationen oder vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag auseinandersetzen. Anlaß dazu gab die Antwort der Sowjets auf den jüngsten schwedischen Protest wegen der beiden über der Ostsee verlorengegangenen Flugzeuge. Es dürfte wohl kein Zweifel bestehen, und die letzte schwedische Note stellt dies auch ausdrücklich fest, daß sowjetische Geschosse daran schuld waren, daß die beiden schwedischen Flugzeuge heute auf dem Grund der Ostsee liegen. Moskau hat aber die schwedischen Vorwürfe als „völlig unbegründet“ zurückgewiesen. Wenn die Sowjetunion schlicht feststellt, daß sie das Recht habe, ihre Grenzen gegen jede Verletzung zu schützen, wenn sie sogar behauptet, daß die schwedische Regierung die wahren Tatsachen verschleiern wolle, dann kann dies in Stockholm nur als Herausforderung betrachtet werden. Der schwedischen Aufforderung, die Zwischenfälle in internationalen Untersuchungen nachprüfen zu lassen, wird sich Moskau aber ebenso energig widersetzen wie einer internationalen Untersuchung des angeblichen Bakterienkrieges in Korea.

Indessen nehmen die Flugzeugzwischenfälle über den Ostseegewässern kein Ende. Allerdings wird die harmlos verlaufene verheerende Überflieger der zu Finnland gehörigen, von den Sowjets für 50 Jahre gepachteten Halbinsel Porkkala unweit Helsinki durch örtliche Flugzeuge wohl kaum zu so weitreichenden internationalen Auseinandersetzungen führen wie die „Catalina“-Zwischenfälle. Immerhin zeigt das Verhalten der finnischen Regierung, die den Sowjets sofort eine Untersuchung des Zwischenfalls versprochen, wie geflissentlich man in Helsinki Spannungen mit Moskau vermeidet. Weltreichende Folgen sind schon deswegen kaum zu befürchten, weil die Harmonie des soeben eröffneten „Festes der Völker“ dadurch empfindlich gestört würde.

Am wenigsten wird die Sowjetunion eine solche Störung wünschen, da sie in diesem Jahr zum ersten Mal an Olympischen Spielen teilnimmt. Seit das zaristische Rußland 1912 in Stockholm mit den anderen Völkern im sportlichen Wettstreit um den Siegeslorbeer kämpfte, ist kein russischer Athlet mehr bei den Spielen gewesen. Im Zeichen der fünf Ringe schöpft die Welt neue Hoffnung — auch auf politischem Gebiet. Aber die Skeptiker betonen, daß das olympische Feuer, das die Jugend der Welt vereint, schon wieder am 3. August verlöschen wird.

Die 5. Weltmissionskonferenz in Willingen (Waldeck) schloß ihre zweiwöchigen Beratungen mit einer Botschaft an die Kirchen der Welt ab.



Abschiedsempfang des Bundeskanzlers für Hochkommissar McCloy. Während des Empfangs ließ es sich Mrs. McCloy (rechts) nicht nehmen, dem Bundeskanzler und seiner Tochter Lotte (links) mit bewegter Miene ihren Abschiedsgrüßen zu demonstrieren.

## Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht

Neues Wahlgesetz vorgelegt - Mehrheitswahl „aus staatspolitischen Gründen“

Bonn (E.B.). Abgeordnete verschiedener Fraktionen haben im Bundestag einen Wahlgesetzentwurf für die nächsten Bundestagswahlen eingebracht. Wie der CDU-Abgeordnete Würmeling vor der Presse mitteilte, sollen nach dem Entwurf die Bundestagswahlen in Zukunft nach dem reinen Mehrheitswahlrecht in 409 Wahlkreisen im Bundesgebiet abgehalten werden. In den jetzigen Bundestag wurden von den 402 Abgeordneten nur 246 direkt gewählt, die übrigen wurden in der Verhältniswahl nach den Ergänzungslisten der Parteien ermittelt.

Der eingebrachte Gesetzentwurf, der im wesentlichen von der deutschen Wählergemeinschaft ausgearbeitet worden ist, wurde von mehr als 30 CDU/CSU-Abgeordneten, dem SPD-Abgeordneten Arno Hennig (unter Vorbehalt), dem FDP-Abgeordneten Rich. Freudenberg und dem fraktionslosen Abgeordneten Adolf von Thadden unterschrieben.

Das reine Mehrheitswahlrecht werde aus staatspolitischen Gründen befürwortet, um in den kommenden Parlamentswahlen der Bundesrepublik stabile Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, erläuterte Würmeling. Die Zersplitterung der politischen Parteien und das Aufkommen von „Interessenkartellen“ wie in der Weimarer Zeit solle durch ein gutes Wahlgesetz vermieden werden.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß der Sieger nur dann in den Bundestag einziehen kann, wenn er mindestens ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Diese Voraussetzung für Kandidaten von Spalterparteien auszuschalten. Wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen kann, so findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, die die meisten Stimmen erringen haben.

Würmeling meinte, die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes dränge. Die vier-

jährige Legislaturperiode des jetzigen Bundestages endet Anfang September 1953; Neuwahlen müssen nach den Bestimmungen des Grundgesetzes im letzten Vierteljahr der Legislaturperiode durchgeführt werden.

Die Frage, wie das neue Wahlrecht aussehen soll, ist noch sehr unstritten. DP- und FDP-Abgeordnete haben bereits reife Mehrheitswahlen abgelehnt. Um Spalterparteien auszuschalten, wollen sie lediglich die Fünf-Prozent-Klausel einführen, nach der von der Landesliste nur Abgeordnete von Parteien in den Bundestag einziehen dürfen, die fünf Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Im Bundesinnenministerium wird zur Zeit an einem Entwurf des Wahlgesetzes gearbeitet, den die Bundesregierung als Initiativantrag im Bundestag einbringen will.

SPD will Saarbeschwerde vor UN bringen

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages will die Bundesregierung beauftragen lassen, in der Septembertagung des Ministerrates im Europa-Rat die deutsche Beschwerde über die politischen Verhältnisse an der Saar zur Sprache zu bringen. Gleichzeitig soll sich die Bundesregierung vor dem Parlament auf Grund einer Interpellation dazu äußern, ob sie die Abschrift dieser Saarbeschwerde auch den UN zur Kenntnisnahme übersenden wolle. Die SPD will angesichts der, wie es in sozialdemokratischen Kreisen heißt, „antidemokratischen und europafeindlichen Politik“ der Saarregierung die Bundesregierung fragen, was sie gegen die Fortführung der französischen Saarpolitik zu tun gedenke. In der SPD wird die Ansicht vertreten, alle weiteren Integrations Schritte der Bundesregierung sollten unterbleiben, ehe mit Frankreich keine befriedigende Regelung der Saarfrage erreicht worden ist.

## Bundestag verabschiedete 22 Gesetze

24 000 Umsiedler nach Baden-Württemberg - Uff wird entflochten

Bonn (UP). In seiner vorletzten Sitzung vor den Sommerferien verabschiedete der Bundestag 22 Gesetze in dritter Lesung, überwiegend fünf weitere Gesetze nach der ersten Lesung an die Fachausschüsse und erledigte eine Fülle von mündlichen Ausschlußberichten.

Die sichtlich ferienstimmigen Abgeordneten arbeiteten die noch vom Vortage vorgesehenen Punkte in einem so raschen Tempo auf, daß Bundestagspräsident Ehlers schon nach neunundzwanzig Stunden die Sitzung schließen konnte. Ursprünglich sollte bis 24 Uhr getagt werden. Am Samstag nimmt das Plenum noch die dritte Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Gesetzes über die Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Sozialversicherung vor. Anschließend geht der Bundestag bis zum 31. August in Ferien.

Das Plenum verabschiedete in zweiter und dritter Lesung ein Änderungsgesetz zum Umsiedlungsgesetz von 1951, das die Umsiedlungsquoten für weitere 100 000 Vertriebene festlegt. Danach sollen Baden-Württemberg 24 000, Hamburg 8000, Hessen, Bremen und Rheinland-Pfalz je 2000 und Nordrhein-Westfalen 84 000 Personen aufnehmen. Der Bundesvertriebenenausschuss kündigte bei dieser Gelegenheit an, daß die im Umsiedlungsgesetz von 1951 vorgesehene Umsiedlungsrate von 300 000 Vertriebenen bis zum 30. Juni 1953 erfüllt sein werde. Nach diesem Gesetz sind bisher nach den Angaben des Ministers 95 000 Personen umgesiedelt worden. Weitere 65 000 würden in Kürze folgen. Minister Lukatschek betonte, daß das Programm für 1951 nur gescheitert sei, weil die Finanzierung nicht gesichert gewesen sei.

Die Mehrheit des Bundestages konnte sich nicht entschließen, den zum Bundesjagdgesetz vorgelegten Änderungsvorschlägen des vom Bundesrat angerufenen Vermittlungsausschusses zuzustimmen. Der Ausschuß hatte unter anderem vorgeschlagen, den Abschlußplan für Schalenwild in den Einzelheiten der Ländergesetzgebung zu überlassen und die Länder zur Schaffung der Jagdbezirke zu verpflichten. Der Bundesrat wird diesen Vorschlägen wahrscheinlich zustimmen. Damit könnte das vom Bundestag vor Wochen verabschiedete Gesetz nicht in Kraft treten, es sei denn, der Bundestag ruft den Vermittlungsausschuß an.

Mit großer Mehrheit beschloß das Plenum, das Bundesverwaltungsgericht nach Berlin zu lassen. Ein entsprechendes Gesetz wurde in

dritter Lesung verabschiedet. Ein Antrag von 18 CDU-Abgeordneten, das Gericht in Frankfurt/Main zu errichten, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag derselben Abgeordneten, einzelne Senate für den Lastenausgleich durch Rechtsverordnung auch außerhalb des Gerichts-Sitzes zu bilden.

Das seit langem erwartete UFI-Entflechtungsgesetz wurde gegen die Stimmen der KP endgültig verabschiedet. Die Entflechtung des Vermögens der Universal-Film-Industrie (UFI) geht mit der Verkündung des Gesetzes entsprechend dem Überleitungsvertrag zum Generalvertrag in deutsche Hände über. Die früher staatlichen oder halbstaatlichen Gesellschaften oder Vermögenswerte der Filmwirtschaft werden innerhalb eines Jahres in Privatbesitz überführt werden.

## Donnelly wurde Hochkommissar

Truman nahm McCloy's Rücktritt an - Genugtuung in Bonn

Bonn (E.B.). Die Bundesregierung wurde offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß Präsident Truman den gegenwärtigen amerikanischen Botschafter in Wien, Walter J. Donnelly, zum Nachfolger von US-Hochkommissar McCloy bestimmt hat. Donnelly wird sein Amt am 1. August antreten.

Zugleich hat Truman den Rücktritt McCloy's mit Wirkung vom 1. August angenommen. McCloy führt in seinem Rücktrittsgesuch aus, daß er aus privaten Gründen sein Amt niederlege. Sein Schritt sei jedoch seines Erachtens sowohl mit den Interessen der USA als auch mit seinen eigenen privaten Interessen zu vereinbaren. Man spricht in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen davon, daß McCloy in einer etwaigen künftigen Eisenhower-Regierung ein Ministeramt erhalten soll.

Präsident Truman betont in seinem Antwortschreiben, daß er für die persönlichen Beweggründe McCloy's volles Verständnis habe. „Sie können stolz auf den gewaltigen Fortschritt sein, den die USA in ihren Bemühungen um die Wiederherführung demokratischer Methoden und wirtschaftlicher Stabilität in Deutschland erreicht haben. Mehr als drei Jahre haben Sie führend an dieser Aufgabe teilgenommen und viel zu ihrem Gelingen beigetragen.“

Zum Nachfolger Donnelly's in Österreich ist Llewellyn E. Thompson ernannt worden, der zur Zeit Berater der US-Botschaft in Italien ist.

Bonner Regierungskreise begrüßten die Ernennung Donnelly's zum neuen US-Hochkommissar für Deutschland und sprachen gleichzeitig die Hoffnung aus, daß sich eine gute Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Botschafter der USA entwickeln werde. Donnelly habe sich auf seinen Posten in Europa — vor allem jedoch in Wien — zweifellos gute Kenntnisse vom „Kalten Krieg“ und den Spannungen zwischen Ost und West erwerben können.

Der Bundeskanzler und US-Hochkommissar McCloy haben ein deutsch-amerikanisches Abkommen über den Austausch von Studenten und Hochschulprofessoren für die nächsten 5 Jahre unterzeichnet. Für das Austauschprogramm sind amerikanische Geldmittel bis zu einem Wert von insgesamt fünf Millionen Dollar vorgesehen. Jährlich sollen etwa 400 bis 500 Deutsche und Amerikaner an dem Austausch teilnehmen.

Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Ridgway, ist überraschend von der Luftwege in Deutschland angekommen, um Feldübungen der im Raum Frank-

## Tumulte um Spaniensabkommen

Tumultartige Szenen löste die Beratung des Ratifizierungsgesetzes zu einem Abkommen der Bundesrepublik mit Spanien über den Austausch von Gastarbeitnehmern aus. Die SPD protestierte energig gegen Verträge mit „totalitären Staaten“ und wandte sich gegen jede „Fraternisierung mit Franco-Spanien“. Der Sozialdemokrat Willy Brandt meinte, es gebe in Spanien keine Meinungs- und Gewissensfreiheit, wie sie die zum Austausch vorgesehenen jungen Deutschen in ihrer Heimat hätten. Außerdem gehöre Spanien nicht der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an. Bundesarbeitsminister Storch wies diese Argumente zurück und sagte, wenn die Verhältnisse dort wirklich so seien, so werde die Bundesrepublik den jungen Spaniern ein guter Lehrmeister der Demokratie sein können. Das Abkommen wurde anschließend von der Mehrheit des Hauses ratifiziert.

## Unfall- und Invalidenrente

Eine längere Debatte gab es bei der dritten Lesung des Änderungsgesetzes zu den Paragraphen 1274 ff. der Reichsversicherungsordnung. Die SPD verteidigte energig eine Reihe von Änderungsanträgen. Sie trat u. a. dafür ein, daß die Renten aus der Rentenversicherung neben Verletztenrenten aus der Unfallversicherung ruhen sollen, soweit die Gesamtbezüge 90 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. Nach Ablehnung aller SPD-Anträge wurde die Ausschlußfassung angenommen, wonach die Invalidenrente zu drei Vierteln ungekürzt gewährt wird, wenn sie mit einer Verletztenrente zusammenfällt. Das restliche Viertel ruht bis zur Höhe der Verletztenrente.

Der Bundestag billigte schließlich in dritter Lesung eine Anzahl von wirtschaftspolitischen Gesetzen, darunter das Milch- und Fettgesetz, das Gesetz über Zollbegünstigung, das Gesetz über den Beitritt zum internationalen Währungsfonds und zur internationalen Wiederaufbaubank. Die erste Beratung des Personalvertretungsgesetzes wurde bis nach den Ferien verschoben.

In seiner 225. Sitzung billigte der Bundestag nach zum Teil erregter Debatte den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Einkommensgrenzen in der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung in zweiter Lesung. Der Entwurf des Ausschusses für Sozialpolitik sieht die Festsetzung der Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung auf 6000 DM im Jahr vor. Die Grenze für den freiwilligen Beitrag zur Versicherung soll ebenfalls auf 6000 DM festgesetzt werden. Auf Antrag der CDU wurde der Paragraph 4 des Entwurfs gestrichen, wonach die Grenze für die Aufrechterhaltung der Versicherungsberechtigung auf 9000 DM festgesetzt werden sollte. In der Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter wurde die Versicherungspflichtgrenze und die Grenze für die Bemessung der Beiträge und Leistungen entsprechend dem Ausschußentwurf auf 9000 DM im Jahr festgesetzt. Im Regierungsentwurf lag die Grenze bei 8400 DM.

Die Beratung des Berichts über die Personalpolitik im Auswärtigen Amt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Die Vorlage wird erst nach den Sommerferien behandelt werden.

Der neue amerikanische Hochkommissar für Deutschland, Walter J. Donnelly, der seit 30 Jahren im auswärtigen Dienst der US-Regierung steht, ist ein Fachmann vor allem auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. 27 Jahre seiner Karriere verbrachte Donnelly in Südamerika, wo er auf den panamerikanischen Konferenzen große Erfahrungen sammeln konnte und bald einen Ruf als geschickter und erfolgreicher Verhandlungsleiter genoss. Als er 1950 zum Botschafter und Hochkommissar in Wien ernannt wurde, war Europa für ihn noch Neuland. In den letzten zwei Jahren hatte er aber ausgiebig Gelegenheit, sich mit europäischen Problemen und vor allem mit der Lage eines zwischen Ost und West geteilten Landes zu befassen. Auch mit den sowjetischen Verhandlungsstrategien hat er in den letzten zwei Jahren ausgiebig Bekanntschaft gemacht.

Donnelly wurde am 2. Januar 1886 in der 100 km von New York entfernten Hafenstadt New Haven/Connecticut als Sohn eines Polizeibeamten irischer Abstammung geboren. Nach dem Besuch der höheren Schule arbeitete er als Volontär bei einer Zeitung und diente gegen Ende des ersten Weltkrieges als Leutnant in der US-Armee. Nach dem Kriege begann er als Werkstudent das juristische Studium an der Universität Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, und promovierte an der Georgetown-Akademie für den auswärtigen Dienst in Washington. Er wurde in den Vorbereitungsdienst am Justizministerium übernommen und erhielt 1923 seine erste Berufung in den Auslandsdienst des Handelsministeriums, in dem er im Laufe der nächsten 16 Jahre an verschiedenen Orten weilte und vor allem seine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kenntnisse erweiterte. Der Weg führte ihn zunächst nach Kanada und später als Handelsattaché nach Kolumbien, Kuba und Brasilien.

Als im Sommer 1939 das Außenministerium den Auslandsdienst des Handelsministeriums übernahm, wurde Donnelly in den eigentlichen diplomatischen Dienst eingestellt. Er blieb auch in den folgenden Jahren in verschiedenen mittel- und südamerikanischen Missionen, nämlich in Panama und Peru, tätig. Anfang 1947 berief ihn Präsident Truman als Botschafter nach Costa Rica und versetzte ihn noch im gleichen Jahr nach Venezuela, dem Lande, in dem er sein Studium begonnen hatte.

Im Jahre 1936 hat Donnelly die Kolumbianerin Maria Helena Samper de Herrera geheiratet. Der Ehe entsprossen vier Kinder.

### Hessen sagt „Schmeißer-Material“ zu Bundespresseamt dementiert „News Week“-SPD-Organ beleidigte Dehler

Bonn (UP). Das Land Hessen hat dem Bundesverfassungsschutzamt zugesagt, Material über den „Fall Schmeißer“ zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage wurde von Vertretern der hessischen Regierung in Besprechungen mit dem Leiter des Bundesverfassungsschutzamtes, Dr. Otto John, gegeben. Dr. John hatte bereits vor einiger Zeit an das hessische Verfassungsschutzamt die Bitte gerichtet, ihm Unterlagen über die Angelegenheit Schmeißer zur Verfügung zu stellen. Bisher waren die hessischen Behörden diesem Wunsch nicht nachgekommen.

Schmeißer hat über den derzeitigen Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Herbert Blankenhorn, und Bundeskanzler Adenauer Behauptungen aufgestellt die nach ihrer Veröffentlichung in der Wochenzeitung „Der Spiegel“ zur Beschlagnahme dieser Zeitschrift und Klageerhebung durch Blankenhorn und den Kanzler führten. Angeblich soll ein Teil der Aussagen Schmeißers (der von sich selbst sagt, er habe zeitweilig im Auftrage der französischen Besatzungsmacht Informationen eingeholt) dem hessischen Verfassungsschutzamt protokollierend vorliegen.

Das Bundespresseamt dementierte einen in der amerikanischen Zeitschrift „News Week“ erschienenen Bericht, wonach in Bonn etwa 200 Offiziere gegenwärtig an einem geheimen Plan für die neuen deutschen Streitkräfte arbeiten sollen. Das Bundespresseamt betont, es beständen weder Geheimpläne noch geheime Organisationen, die den Vertragspartnern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unbekannt sein könnten. Die einzige von der Bundesregierung autorisierte Behörde sei die Dienststelle des Bundestagsabgeordneten Blank. Ihre Stellenpläne würden, wie die aller anderen Bundesbehörden, im Haushaltsplan des Bundeskanzleramtes offen ausliegen. Die Zusammensetzung der Angestellten der Dienststelle entspreche dem Verhältnis der politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, organisatorischen und militärischen Probleme. Vorarbeiten auf dem Personalgebiet finden zur Zeit noch nicht statt, da der Dienststelle dazu sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch die finanziellen Voraussetzungen fehlen.

Die Zweite Zivilkammer des Landgerichts Bonn erließ eine einstweilige Verfügung, mit der es den Herausgebern des SPD-Zentralorgan „Neuer Vorwärts“, Erich Ollenbauer, Fritz Heine, Alfred Nau und Chefredakteur Dr. Gleißberg untersagt wird, Bundesjustizminister Dr. Dehler als „Amokredner“ zu bezeichnen. Mit der einstweiligen Verfügung fand ein längerer Prozeß seinen Abschluß, den der Minister gegen die Herausgeber des SPD-Organs angestrengt hatte, weil er sich von diesen beleidigt fühlte.

In der Begründung des Gerichts heißt es der Presse siehe zwar das Recht einer sachlichen und auch scharfen Kritik zu. Die Kritik dürfe jedoch nicht den Boden der Sachlichkeit verlassen und in den Bereich der Beschimpfung und persönlichen Herabsetzung übergehen. Diese Grenze sei von den Beklagten überschritten worden, indem sie den Bundesjustizminister in einem in großer Aufmachung erschienenen Artikel des „Neuen Vorwärts“ in Schlagworten als „Amokredner“ bezeichnet hätten. Der Begriff „Amokredner“ entbehre zwar nicht der Originalität, doch fehle ihm „das Mitschwingen scherzhafter Vorstellungen“, die dazu veranlassen könnten, die Äußerung als Scherz aufzufassen.

### England hofft auf Einigung mit Iran Quawam: Entweder Beilegung des Ölkonflikts oder Rücktritt

Teheran (UP). Schah Mohammed Reza Pahlavi empfing den neuen iranischen Ministerpräsidenten Achmed Quawam zu einer ersten Audienz. Zur gleichen Zeit mußte iranische Polizei etwa 1000 Demonstranten zerstreuen, die im Stadtdinnern von Teheran Schimpfwörter gegen den Schah und den Nachfolger Mossadegh riefen.

Dem Ministerpräsidenten naheliegende Kreise ließen verlauten, Quawam habe bereits versuchsweise eine Kabinettsliste zusammengestellt und diese bei seiner Audienz dem Schah unterbreitet. Wie offiziell verlautet, wurde Quawam bei einer kurzen Zeremonie wieder der Titel „Seine Herrlichkeit“ zugesprochen, dessen er im Jahre 1950 verlustig erklärt worden war.

In seinem ersten offiziellen Kommuniqué seit seiner Amtsübernahme bekundete Quawam seinen Willen, entweder den britisch-iranischen Ölkonflikt beizulegen oder vom Posten des Ministerpräsidenten zurückzutreten. Sein Vorgänger Mossadegh habe „den Zweck des Mitteln geopfert“, indem er versucht habe, irische Ansprüche in der Olfraße zu rechtfertigen. In dem Kommuniqué kündigte der neue Ministerpräsident weiterhin an, daß er mit aller Schärfe gegen Unruhestifter vorgehen werde. Notfalls werde er pro Tag Hunderte von ihnen von einem geplanten besonderen Gericht aburteilen lassen.

Sowohl in Teheran als auch in London, wo man den Regierungswechsel nicht ohne Genugtuung zur Kenntnis genommen hat, ist man der Ansicht, daß Quawam die Hauptlinie seines Vorgängers in der Frage der Erdölindustrien vorerst weiter einhalten werde. Unberührte Kreise Teherans äußerten, Ministerpräsident Quawam sei bereit, mit einer ausländischen oder internationalen Körperschaft über mögliche Lösungen des Problems zu verhandeln, solange die „Rechte des Iran nicht gefährdet würden“. In der britischen Hauptstadt macht man sich gewisse — wenn auch zugegebenermaßen schwache — Hoffnungen, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien und dem Iran über die verstaatlichten Erdölindustrien auf einer Art „geschäftlicher Basis“ wieder aufgenommen werden könnten. Man erinnert in diesem Zusammenhang an eine frühere Aussage Quawams, die Verstaatlichung der Ölindustrie sollte über einen Zeitraum von mehreren Jahren vorgenommen werden. In der Zwischenzeit aber sollten die Raffinerien von Abadan so wie bisher weitergeführt werden.

## Keine Interzonenpässe für Kirchentag

Ostzonen-Bewohner können nicht nach Stuttgart und Hannover

Berlin (E.B.). Das Innenministerium der Ostzonen-Regierung hat die Teilnahme von Bewohnern der Ostzone an dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart vom 17. bis zum 31. August und an der Tagung des Lutherischen Weltbundes in Hannover am 15. Juli durch die Verweigerung von Interzonenpässen unmöglich gemacht. Die Ostzonen-Behörden hatten ursprünglich zugesagt, daß für die Reise nach Stuttgart insgesamt 20 000 und für die Fahrt nach Hannover 5000 Interzonenpässe für ostdeutsche Zuhörer bewilligt würden.

Der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Nygren aus Lund (Schweden), der sich zur Zeit in Münster in Westfalen aufhält, sandte an den Ostzonen-Präsidenten Pieck, der soeben in Urlaub gefahren ist, daraufhin ein Telegramm, in dem es heißt: „Bitte dringend um Einhaltung gegebener Zusage, da sonst Glaubwürdigkeit der Regierung der DDR schwersten Erschütterungen ausgesetzt ist. Bitte unbedingt Auswirkungen auf Weltöffentlichkeit zu berücksichtigen.“

Der in Berlin weilende Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Dr. Reinhold von Thadden-Triggaff, sagte: „Diese Entscheidung trifft uns wie ein betäubender Schlag. Noch auf dem Berliner Kirchentag haben wir uns über alle politische Trennungslinien hinweg als Glieder der Kirche vor aller Welt zugesamt: ‚Wir sind doch Brüder‘“

Jetzt soll uns auch dieses Band sichtbarer Gemeinschaft genommen werden.“ Ein Sprecher des katholischen Bistums Berlin teilte der United Press mit, hinsichtlich der Teilnahme von Einwohnern der Ostzone an dem Deutschen Katholikentag im August in Berlin seien bisher „keine Schwierigkeiten“ von Ostzonenbehörden berichtet worden. „Es sieht jedoch so aus, als hätten sich in anderer Hinsicht Schwierigkeiten an“, sagte der katholische Sprecher. Über Einzelheiten wollte er sich nicht auslassen.

3500 Eisenbahner entlassen Die Ostzonen-Eisenbahndirektion hat die Entlassung von 3500 in Westberlin wohnhaften Eisenbahnern angedeutet. Bei den Gekündigten handelt es sich hauptsächlich um Fahrpersonal, das regelmäßig Fahrten in die Ostzone unternimmt. Den in Westberlin lebenden Eisenbahnern ist von der Ostberliner Bahnverwaltung mitgeteilt worden, sie könnten im Bahndienst bleiben, wenn sie in den Sowjetsektor zögen. Die Reichsbahndirektion motiviert die Entlassung der Eisenbahner mit den Regierungsmaßnahmen gegen „Spione, Agenten und Saboteure“, die von Westen aus in das Gebiet der Ostzone geschickt würden.

Die Stadtkommandanten von Westberlin haben eine Erweiterung der Streifen des alliierten Militärpolizei in Westberlin zum Schutze der Berliner Bevölkerung gegen Menschenraub beschlossen.

### Mutmaßungen um Jakob Malik ist der Verbleib der Sowjet-Delegierten in den USA ein gutes Omen?

New York (UP). Der plötzliche Entschluß des sowjetischen Chefdelegierten bei den UN, Jakob Malik, seine Abreise nach der Sowjetunion zu verschieben, hat im Lager der Vereinten Nationen Hoffnungen auf eine günstige Wendung bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand in Korea ausgelöst. Malik hatte seinen für kommenden Dienstag reservierten Platz auf dem Schiff „Nieuw Amsterdam“ der Holland-America-Linie wieder streichen lassen.

Bei den Vereinten Nationen liegen keine Arbeiten vor, die die Anwesenheit Maliks erfordern. Maliks Entschluß hat deshalb in Verbindung mit der Anerkennung der Genfer Konvention durch die römischische Regierung zur Vermutung geführt, daß sich eventuell eine Einigung in Pan Mun Jon anbahne. Auf Grund der Genfer Konvention können Kriegsgefangene auch einer „Schutzmacht“ übergeben werden, ein Vorschlag, der in bezug auf die unstrittigen kommunistischen Kriegsgefangenen in Korea bereits von Indien unterbreitet, bis jetzt aber nicht beachtet worden war. Im Falle einer Einigung in Pan Mun Jon wäre aber bei den Vereinten Nationen die Anwesenheit Maliks erforderlich.

Es gibt noch eine andere Theorie. Einige politische Beobachter vermuten, daß Peking die Konvention nur anerkannt habe, um einer Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes in Toronto am 23. Juli beizuhören und zu neuen Propagandaanfragen im Falle des „Bakterienkrieges“ schreiben zu können. Maliks Verbleib könne auf die direkte Anweisung des Kremls zurückzuführen sein, der ihm möglicherweise befohlen habe, zur Fortsetzung und möglichen Verstärkung der Halbkampagne gegen Amerika in New York zu bleiben.

### Flugzeuge verletzten dänisches Gebiet Nationalität unbekannt — Der Schlüssel zur Ostsee

Kopenhagen (UP). Ein Sprecher des dänischen Luftstreitkräfte teilte mit, daß in den letzten Wochen unbekannte Flugzeuge mehrfach dänisches Hoheitsgebiet verletzt hätten. Zuletzt sei die dänische Insel Bornholm in der Ostsee am Samstag von zwei viermotorigen Flugzeugen überflogen worden. Es könne sich dabei vielleicht um zwei tschechoslowakische Flugzeuge gehandelt haben, die Teilnehmer an den Olympischen Spielen nach Helsinki brachten. Aber Bornholm sei auch schon früher von unbekanntem Flugzeugen überflogen worden. Auf die Frage, welche Maßnahmen Dänemark im Fall einer groben Verletzung des Hoheitsgebiets treffen würde, erklärte der Sprecher: „Wenn es zum Äußersten kommen sollte, werden die dänischen Militärflugzeuge und Kriegsschiffe schießen, wenn sie angegriffen werden.“

Dazu verlautet aus gut unterrichteter Quelle, daß Dänemark seine Luftstützpunkte ausbaue, und daß Düsenflugzeuge eingesetzt würden. Dieses sei notwendig, da unbekannte Düsenflugzeuge in diesem Jahr sogar die Inseln Lolland und Falster überflogen hätten. Amerikanische militärische Kreise in Paris erklärten, die Entscheidung, Dänemark trotz Lieferung eines Öltankers an die Sowjetunion weiter mit amerikanischen Waffen zu versorgen, habe rein militärische Gründe. Die Erklärung werde „bei einem Blick auf die Landkarte offenkundig“, Dänemark sei der Schlüssel zur Ostsee. Jeder Kampf um die Ostsee sei von vornherein verloren, wenn Dänemark nicht auf der Seite des Westens stehe oder einem schnellen sowjetischen Vorstoß, der durch Deutschland vorgetragen würde, zum Opfer falle. Damit sei nämlich den sowjetischen Unterseeboten der Weg zum Atlantik geöffnet.

Lord Ismay, der Generalsekretär der Nordatlantischen Organisation, ist im Flugzeug in Kopenhagen eingetroffen. Lord Ismay wird in Kopenhagen mit Außenminister Kraft und Verteidigungsminister Petersen zu Geheimbesprechungen zusammentreffen.

Lest die Ettliger Zeitung

### Umschau in Karlsruhe

Kulturproben durch Volkspolizei

Karlsruhe (apd). Auf der Rückfahrt des Karlsruher „Insel“-Ensembles von einem Gastspiel in Westberlin hatten die Künstler in Helmstedt ein bezeichnendes Erlebnis. Bei der Palkontrolle und Durchsichtung des Omnibusses fand man das Textbuch des Schauspiels „Nackte Menschen“, mit dem die Karlsruher in der ehemaligen Reichshauptstadt gastiert hatten. Der Leiter der Truppe wurde von Volkspolizisten zur Dienststelle geschleppt und einem genauen Verhör über Art und Tendenz des Stückes unterzogen. PDJ-Mädchen „senzierten“ den Inhalt des Buches und diskutierten erregt über „hohles Illusionstheater“ des Westens. Immer wieder wurde auf die „realistischen“ Bühnen des Ostens hingewiesen. Allerdings mußten die einheitlich uniformierten Mädchen zugeben, noch niemals in der Bundesrepublik in einem Theater gewesen zu sein. Erst nach längerem Aufenthalt konnten die „Insel“-Leute ihre Fahrt fortsetzen.

Neue Großberegnungsanlage in Baden

Karlsruhe (swk). In das Genossenschaftsregister des Amtsgerichtes Karlsruhe wurde die Beregnungs-Genossenschaft Leopoldshafen bei Karlsruhe eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist eine Großberegnungsanlage zur Erzeugnissteigerung unter gleichzeitiger gemeinschaftlicher Anbauplanung auf der den Mitgliedern zur Verfügung stehenden Fläche.

Die „Wiese“ am Klipp

Karlsruhe (swk). Mangels anderer ausreichender Beschäftigung hat ein Fachmann der Friseurkunst ausgerechnet, daß ein Mann im Laufe eines Jahres durchschnittlich eine Fläche von vier Quadratmeter Bart bearbeitet. Im Laufe eines 75jährigen Lebens hat er dabei rund 2500 Stunden vor dem Rasier Spiegel verbracht und knapp 1000 Stangen Rasierseife verbraucht.

Landessporttag der evangelischen Jugend

Karlsruhe (ZSH). Am kommenden Wochenende trifft sich die evangelische Jugend zum zweiten Landessporttag im Karlsruher Hochschulstadion. Die Wettkämpfe umfassen Staffelläufe, Fünfkampf für Jahrgänge ab 1934 und Einzelkämpfe in Hand-, Faust- und Basketball werden die Landesmeisterschaften ermittelt. Die Schwimmwettkämpfe sind im Vierortsbad vorgesehen. Die Endkämpfe werden am Sonntag von 14 bis 17 Uhr im Hochschulstadion ausgetragen.

Karlsruhe fordert Eisenbahndirektion

Karlsruhe (ZSH). Oberbürgermeister Klott trat mit der Bitte an die Regierung von Baden-Württemberg, an die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, an Mitglieder der Verfassunggebenden Landesversammlung und an verschiedene Organisationen heran, sich für die Wiederherstellung der Grenzen der alten ED Karlsruhe zu verwenden, die bereits vom alten Landtag beschlossen wurde. Bekanntlich hatte die Stadtverwaltung Karlsruhe anlässlich einer Anfrage an das Bundesverkehrsministerium vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn im Februar dieses Jahres eine völlig unbefriedigende Antwort erhalten. Durch den erneuten Schritt des Karlsruher Oberbürgermeisters hofft man eine Entscheidung zu erreichen.

Bergwacht half in 213 Fällen

Karlsruhe (ZSH). Die Karlsruher Bergwacht konnte in ihrem Tätigkeitsbericht für 1951/52 mitteilen, daß in der Zeit von Weihnachten bis Ostern 213 Bergwachtmänner an 23 Wochenenden auf Stationen und auf Streifen eingesetzt waren. Dabei wurden 289 verunglückte Wintersportler betreut. Die Tätigkeit der Karlsruher Bergwacht, die im nördlichen Schwarzwald 12 Stationen besitzt, erstreckt sich nicht nur auf das Winterhalbjahr, denn auch im Sommer bestehen mancherlei Gefahren für die Natur und für die Menschen.

Fischsterben in Moßalb und Schwarzbach

Waldschbach (apd). Die Fischwasser der Moßalb und des Schwarzbaches im Bereich der Gemeinden Waldschbach und Burgalben (Kreis Pirmasens) sind in den letzten Tagen von einem Fischsterben heimgesucht worden, das wahrscheinlich, nach Angaben der Polizei vom Donnerstag, durch Abwasen aus chemischen Werken hervorgerufen wurde.

# Ohne ATA geht es nicht



927/52c

Sport-Nachrichten der Ettlinger Zeitung



Heute beginnt der olympische Wettstreit

Olympiaflagge und olympisches Feuer verkünden die Eröffnung der Spiele in Helsinki

Am Samstag um 13 Uhr nehmen die XV. Olympischen Sommerspiele mit einem feierlichen Akt im Olympiastadion von Helsinki ihren offiziellen Anfang. 6000 Sportler aller Nationen in West und Ost werden in das Stadion einmarschieren...

Der Tag vor der Eröffnung der Olympischen Spiele brachte Helsinki nach 48 Stunden Regenwetter strahlenden Sonnenschein u. wieder Tausende und Zehntausende von Gästen. Die Stadt legte letzte Hand an ihr Festtagskleid...

Ein neuer Farbton kam in das täglich zunehmende Gewimmel von Uniformen, Staatswappen und Hautfarben aus aller Herren Ländern. Viele finnische Frauen haben ihre schönen Nationaltrachten angelegt...

Favoriten zum Ausscheiden verurteilt

Erste Hauptrunde des Fußballturniers — Jugoslawien und Sowjetunion als Gegner

Bereits am Eröffnungstag der Olympischen Spiele beginnt die erste Hauptrunde des Fußballturniers mit dem Spiel Finnland gegen Österreich im Olympiastadion von Helsinki. Die westdeutsche Mannschaft bestreitet ihr erstes Spiel am Sonntagabend in Turku gegen Ägypten.

Das Los hat entschieden, daß schon die erste Hauptrunde des Fußballturniers einige der zugkräftigsten und interessantesten Paarungen vorwegnimmt. Das Hauptinteresse beansprucht zweifellos die Begegnung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, die eine der favorisierten Mannschaften schon am ersten Spieltag aus dem Rennen werfen wird...

Auch die deutsche Mannschaft wird gegen Ägypten keinen leichten Stand haben, denn die Fußballer vom Nil spielen einen sachlichen Zweckfußball, mit dem sie sich in der Ausscheidungsrunde gegen die Chilenen durchsetzen. Ihr Angriff kann sich durchaus sehen lassen, wogegen die Abwehr mit mancherlei Schwächen behaftet ist...

Der Favorit des olympischen Fußballturniers, Ungarn, wird in der ersten Runde von den starken Italienern auf Herz und Nieren geprüft werden. Die Begegnung ist durchaus offen, denn die Azzurri zeigten beim 2:0-Sieg über die USA eine überzeugende Teamarbeit...

und roten Schürzen servieren die Kellnerinnen in den Hotels und bedienen die Verkäuferrinnen in den großen Warenhäusern.

„Die Armada ist da“, wie ein Lauffeuer hat sich diese Kunde durch die Stadt verbreitet, als die 300 Jachten und Segelboote nach der Fahrt von Stockholm durch die nordwestliche Ecke der Ostsee und den Finnlandsund die Stadt der Spiele erreichten.

Die deutschen Sportler und Besucher werden in Helsinki überaus zuvorkommend behandelt. Dabei sind es nicht nur die Finnen, sondern auch die Angehörigen der anderen Nationen, die Anknüpfung suchen. Im olympischen Dorf und auf den Trainingsplätzen — überall besteht der Eindruck, daß fast jeder Ausländer das Bedürfnis hat, den deutschen Teilnehmern ein freundliches Wort zu sagen.

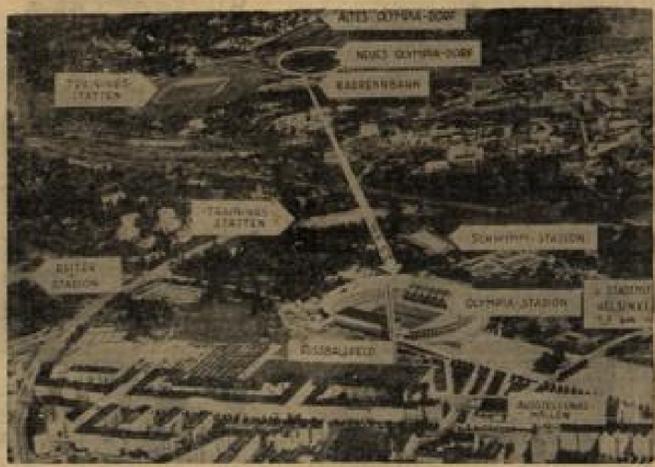
große Energieleistung vollbracht. Ob die Elf des Großherzogtums jedoch auch gegen die Ballkünstler von Brasilien bestehen kann, scheint fraglich. Das Spiel zwischen der Türkei und den niederländischen Antillen wird eine klare Angelegenheit für die Türken sein.

Es spielen: Samstag: Finnland—Österreich (in Helsinki); Sonntag: Luxemburg—Brasilien (in Kotka), Deutschland—Ägypten (in Turku), Jugoslawien—Sowjetunion (in Tampere); Montag: Polen—Dänemark (in Turku), Türkei—Antillen (in Lahti), Norwegen—Schweden (in Tampere), Ungarn—Italien (in Paldokentaa).

An den XV. Olympischen Spielen in Helsinki nehmen insgesamt 218 aktive Sportler aus Westdeutschland teil. Darunter befinden sich 34 Frauen, nämlich 15 Leichtathletinnen, 10 Turnerinnen, 6 Schwimmerinnen und je eine Ruderin, Fechterin und Kanufahrerin.

In den Sportarten, die bereits zu Beginn der Olympiade ausgetragen werden, ist die deutsche Mannschaft wie folgt besetzt:

- 42 Leichtathleten: Männer: 100, 200, 4x100 m: Heinz Fütterer (Karlsruhe), Erich Fuchs (Kaiserslautern), Josef Heinen (Krefeld), Peter Kraus (München), Leo Lückes (Krefeld), Werner Zandt (Stuttgart), 400 m: Hans Geister (Krefeld), Karl Friedrich Haas (Nürnberg), 4x400 m: Hans Geister, Karl Friedrich Haas, Günter Steines (Koblenz), Heinz Ulzheimer (Frankfurt), Urban Cleve (Krefeld), 800 m: Günter Steines, Heinz Ulzheimer, Urban Cleve, 1500 m: Werner Lueg (Gevetsberg), Günther Dobrow (Berlin), Rolf Lammers (Dinslaken), 3000 m: Herbert Schade (Sollingen), 10 000 m: Herbert Schade, 3000 m Hindernis: Helmut Gode (Eßlingen), Günther Hesselmann (Dinslaken), 110 m Hürden: Wolfgang Troßbach (Berlin), Hammer: Karl Storch (Fulda), Karl Wolf (Karlsruhe), Diskus: Sepp Hipp (Balingen), Speer: Herbert Koschel (Koblenz), Ma-



Die olympischen Kampfstätten aus der Vogelschau

Die Hauptanlage der Olympia-Kampfstätten war bereits am Anfang des Krieges fertiggestellt, 1936 war beschlossen worden, daß die Spiele 1940 in Helsinki stattfinden sollten. Der Krieg machte den Plan zunichte. Jetzt wurden die einzelnen Stadien neu hergerichtet, teilweise verändert, und ein neues Olympia-Dorf wurde gebaut.

Dabei bildet der sogenannte Eisernen Vorhang kein Hindernis. Hier spricht Mensch zu Mensch, Sprachschwierigkeiten spielen keine Rolle. Irgendwie werden sie überbrückt.

Es hat sich sogar gezeigt, daß die deutsche Sprache eine Vermittlerrolle spielen kann. Folgende Episode mag als Beispiel dienen: Ein baumlanger Amerikaner fragt einen kaum kleineren Russen auf englisch, wo er her sei. Der zuckt, auch bei den folgenden Fragen, die in gebrochenem Französisch und Spanisch gestellt werden, bedauernd die Achsel. Er versteht nicht. Da reißt dem Amerikaner die Geduld, und er schreit auf deutsch: „Wo du her?“ Ein Lächeln geht über das Gesicht des Russen, und der antwortet in derselben Sprache: „A, ich aus Leningrad“. Deutsch ist tatsächlich in der Stadt der Olympischen Spiele eine der am meisten verwendeten Sprachen.

Ein Blick auf das Olympia-Programm

259 Wettbewerbe in 16 Tagen — Jede Minute wird ausgenutzt

In den zwei Wochen der Olympischen Spiele von Helsinki werden insgesamt 259 sportliche Wettbewerbe ausgetragen, für die 777 Gold-, Silber- und Bronzemedallien ausgesetzt sind. Wegen der großen Zahl der Teilnehmer sind in vielen Disziplinen Ausscheidungskämpfe erforderlich, die sich meist über mehrere Tage erstrecken. Eine solche Menge von sportlichen Ereignissen in der Zeit von knapp 16 Tagen unterzubringen, war keine leichte Aufgabe für die Organisatoren der Spiele. Galt es doch, eine auf die Minute genaue Programmfolge festzulegen, bei der Überschneidungen — vor allem bei den zugkräftigeren Wettbewerben — möglichst vermieden wurden.

Die erste Woche steht im Zeichen der Leichtathletik, während in der zweiten Woche das Schwimmen dominiert. Eine Aufgliederung des Programms nach Sportarten ergibt folgendes Bild:

- Leichtathletik: 20, bis 27. Juli; wichtigste Entscheidungen, insbesondere Staffelläufe, am 27. Juli (Sonntag). Turnen: 20, bis 24. Juli. Kraftsportarten: Ringen: 20, bis 23. Juli.

Die Olympiamannschaft Westdeutschlands

218 aktive Sportler, darunter 34 Frauen, vertreten die Bundesrepublik in Helsinki

rathen: Ludwig Warmemünde (Hamburg), Ernst Engelhardt (Leverkusen), 50 km Gehen: Rudo Lütige (Braunschweig), Zehn-kampf: Friedel Schirmer (Stadthagen), Sepp Hipp, Sprinter: Happersnagel (Ingolstadt).

Frauen: 100, 200, 4x100 m: Helga Klein (Mannheim), Ulla Knab (Heidelberg), Margta Petersen (Bremen), Maria Sander (Dinslaken), Margot Ulzheimer (Frankfurt), 80 m Hürden: Maria Sander, Anneliese Seebachner (Nürnberg), Weitsprung: Iringard Schmelzer (Kassel), Leni Hofknecht (Bayreuth), Elfriede von Nitsch (Hannover), Kugelstoßen: Gertrud Kille (Hamburg), Marianne Werner (Wuppertal), Dorothea Kroll (Kiel), Diskus: Marianne Werner, Speer: Jutta Krüger (Berlin), Marlies Müller (Koblenz), Inge Beusenwein (Nürnberg).

20 Turner Männer: Adalbert Dickhut (Köln), Helmut Bantz (Langenfeld), F. Oyerwien (Essen), Theo Wied (Stuttgart-Münster), Erich Wied (Stuttgart-Münster), Alfred Schwarzmann (MTV Goslar), Jakob Kiefer (Bad Kreuznach), Hans Pfann (Neußling), Kurt Euteneuer (TV Eichen), Rudi Gausch (Kleiner Turnerbund).

Frauen: Hanna Grages (TV Verden), Brigitte Kießler (Turngemeinde Bielefeld), Inge Sedlmeier (TgJ Landshut), Elisabeth Seeling (TV Mettmann), Wolfgang Voß (Oldenburg), Irma Walter (Nürnberg), Hilde Kopp (Bremen), Elisabeth Ostermeier, Lydia Zeithofer (TV Neußling), Ursula Niekerken (Hamburg).

5 Gewichtheber Bantam: Josef Schuster (München), Feder: Oswald Junkes (Trier), Leicht: Toni Leuthe (Fellbach), Leichtschwer: Hans Claussen (Lübeck), Schwer: Heinz Schattner (München).

8 Ringer Für Griechisch-Römisch und Freistil vom Fliegengewicht aufwärts: Heinrich Weber (Göppingen), Ferdinand Schmitz (Köln), Rolf Ellerbrock (Dortmund), Heinrich Nettessheim (Köln), Anton Mackowick (Dortmund), Gustav Godek (Dortmund), Max Leichter (Frankfurt), Willi Walther (Köln).

20 Fußballspieler Rudolf Schönbeck (Itzehoe), Josef Bensch (Lübbecke), Hans Eberle (Ulm), Herbert Jäger (Cronenberg), Heinz Witting (Neustadt), Alfred Post (Ehbaydt), Kurt Sommerlatt (Karlsruhe), Herbert Schäfer (Siegen), Johannes Klirk (Bremen), Erich Gleixner (Osnabrück), Ludwig Hinterstocker (Traunstein), Matthias Mauritz (Düsseldorf), Georg Stoltenwerk (Düren), Johann Zeitler (Bayreuth), Willi Schröder (Bremen), Karl Klug (Sternrade), Kurt Ehrmann (Karlsruhe), Georg Bogert (Worms), Gert Schuster (Elsdingen), Walter Brecht (Konst).

3 moderne Fünfkämpfer Adolf Harber, Berthold Slupik (beide Hamburg), Dietloff Kapp (Düsseldorf).

Was geschieht:

Samstag, 19. Juli, 13.00 Eröffnungsfest: 19.00 Fußball.

Sonntag, 20. Juli, 8.00 Turnen: Pflichtübungen, Zwölfkampf: 9.00 Rudern: Vorläufe, 10.00 Leichtathletik: Hochsprung, Ausscheidung, Diskuswerfen, Frauen, Ausscheidung, 11.00 Ringen: Freistil; 13.00 Segeln: Größere Boote; 14.30 Olympia-Einheitsfollen; 15.00 Leichtathletik: 100-m-Vorläufe, Hochsprung, Entscheidung, 16.20 400-m-Hürdenlauf, Vorläufe, 17.03 800-m-Vorläufe, 17.35 Diskuswerfen, Frauen, Entscheidung, 18.00 10 000-m-Entscheidung, 18.50 100-m-Zwischenläufe, 19.25 400-m-Hürdenlauf, Zwischenläufe; 16.00 Turnen: Pflichtübungen, Zwölfkampf, Rudern: Vorläufe; 18.00 Hockey: 2 Vorendspiele; 19.00 Ringen: Freistil; 19.00 Fußball: 3 Spiele.

Entscheid über Ostzone am 28. Juli

Das Internationale Olympische Komitee hat auf seiner letzten Sitzung in Helsinki beschlossen, die Entscheidung über die Teilnahme der deutschen Ostzone an den Olympischen Spielen in Helsinki bis zum 28. Juli zurückzustellen.

Deutsches Hockey-Team ausgeschieden

Die deutsche Hockey-Mannschaft ist im olympischen Turnier über das Viertel-Finale nicht hinausgekommen. Nach ihrem 7:2-Erfolg über Polen unterlag Deutschland in der Radrennbahn von Helsinki gegen Holland — den Bronze-Medallien-Gewinner der Olympischen Spiele 1948 — knapp mit 0:1 (0:1).

- (Freistil), 24. bis 27. Juli (griechisch-römisch), Gewichtheben: 25. bis 27. Juli, Boxen: 28. bis 30. Juli (Ausscheidungen), 31. Juli und 1. August (2. und 3. Runde), 2. August (Entscheidungen). Wassersport: Schwimmen: 28. Juli bis 2. August, Rudern: 20. bis 23. Juli, Segeln: 20. bis 28. Juli, Kanufahren: 27. und 28. Juli. Mannschaftsspiele: Fußball: 19. bis 21. Juli, 23. bis 25. Juli, 28. und 29. Juli (Vorendspiele), 1. August (1. Platz), 2. August (Entscheidung), Hockey: 20. 22. und 24. Juli, Basketball: 25. bis 27. Juli, 28. bis 30. Juli (2. Runde), 31. Juli bis 2. August (3. Runde), Wasserball: 25. Juli bis 2. August (Entscheidung). Fechten: 21. bis 24. Juli (Florett), 23. bis 28. Juli (Degen), 29. Juli bis 1. August (Säbel), Schießen: 23. bis 29. Juli. Moderner Fünfkampf: 21. bis 25. Juli. Radrennen: 28., 29. und 31. Juli, 2. August. Reiten: 28. Juli bis 3. August, Jagdspringen um den „Preis der Nationen“ am 3. August (Sonntag).

9 Wasserhaller

Günther Heine, Paul Uellendahl (beide Barmen), Erich Sauermann, Willy Sturm, Wilfried Bode (alle Hannover), Heinz Zander, Ferdinand Panke (beide Wuppertal), Emil Bildstein (München), Ersatz: Philipp Dotzer (Nürnberg).

21 Ruderer

Zweier o. St.: H. Renneberg/H. Eichholz (RV Gelsenkirchen), Zweier m. St.: H. Manchen/Hainold, Steuermann Noll (Vegesacker RV), Doppelzweier: W. Beck - G. Pfüßmann (Bamberger RG 1944), Vierer m. St.: Deutscher RC Hannover (G. Dwiseilmann, K. Schulze, H. Weyer, G. Vogeley, Steuermann H. Wienken), Achter: Kölner RV 1877 (T. Reinartz, M. Reinartz, R. Freihoff, H. Zinkler, P. Betz, S. Reinartz, H. Betz, T. Siebenhaar, Steuermann H. Zander).

10 Kanufahrer

10 000 m: Einer-Kajak: Michel Scheurer (Kaiserswerth), Zweier-Kajak: Karlheinz Schüler/Meinrad Miltenerberger (Kiel/Herdecke), Einer-Kanadier: Franz Johannsen (Hamburg), Zweier-Kanadier: Egon Drews/Wilfried Soltau (Hamburg), 1000 m: Einer-Kajak: Helmut Noller (Mannheim), Zweier-Kajak: Meinrad Miltenerberger-Gustav Schmidt (Herdecke/Duisburg), Einer-Kanadier: Ralf Berkham (Hamburg), Zweier-Kanadier: Egon Drews/Wilfried Soltau (Hamburg), Frauen: Einer-Kajak: Josefa Köster (Lippstadt).

11 Segler

Finninghite: Werner Kroegmann (Hamburg), Starboote: Papa V mit Paul E. Fischer (Steuermann) und Claus Wunderlich (beide Hamburg), Drachenboote: Gustl X mit Tommy Thomsen (Steuermann), Georg Nowka, Erich Natusch (alle Kiel), 3,5-m-R-Jacht: Ton Kyle mit Dr. Hans Lubinus (Steuermann), Hans Hermann Magnusson, Ludwig Bielenberg (alle Kiel), 6-m-R-Jacht: Nirwana mit Dr. Wolfgang Elmer (Steuermann), Dr. Hans Kadelbach, Paul Heinrich Lange, Götz Freiherr von Mirbach und Andreas Howaldt (alle Berlin).

7 Schützen

Tontaubenschießen: Dr. Schöpel (Hamburg), Kleinkaliber: Sigl, Spöhrer (Niederstotzingen bei Ulm), Freies Gewehr: Gehmann (Karlsruhe), Scheibepistole: Kreppl (Hannover), Schnellfeuerpistole: Leopold (München) und Dr. Wehner (Wiesbaden).

9 Fechter

Männer: Florett: Kurt Wahl (Ingolstadt), Norman Casimir, Julius Eisenacker, Willi Fischer (alle Frankfurt), Ersatz: Erwin Rößner (Hannover), Säbel: Richard Liebscher (Hannover), Hans Esser (Düsseldorf), Willi Fischer, Erwin Rößner, Ersatz: Eisenacker und Wahl, Degen: Erwin Kroggel (Frankfurt). Frauen: Florett: Lilo Alligayer (Frankfurt).